



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Jahnstr. 7 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Jahnstraße 7
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Charlotte Biskup
Persönliche Referentin

Büro:
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Montag, Mittwoch – Freitag
9.00Uhr – 12.00Uhr

Konstanz, 19.09.2013

Pressemitteilung des MdL Lehmann: „Landesregierung fordert weiterhin Bundesregierung zu Frackingverbot auf!“

Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen im Landtag haben die Landesregierung dazu aufgefordert, sich weiterhin im Bundesrat für ein Moratorium einzusetzen, um die Anwendung der Fracking-Methode zu verhindern. „Die Landesregierung hat sich deutlich positioniert und fordert den generellen Ausschluss von Fracking, solange nicht alle Risiken für Mensch und Umwelt zweifelsfrei ausgeschlossen werden können.“, begrüßt der Konstanzer Landtagsabgeordnete die klare Haltung der Stuttgarter Regierung. „Bisher ist die Bundesregierung den Anträgen des Bundesrats auf Einführung eines Moratoriums sowie auf Einführung einer verbindlichen Umweltverträglichkeitsprüfung leider nicht gefolgt. Die Bundesregierung lässt damit die Länder im Regen stehen, da sie kaum Handhabe haben, Förderanträge abzulehnen.“

In der Stellungnahme des Umweltministeriums auf einen fraktionsübergreifenden Antrag der Fraktionen von Grünen und SPD bekennt sich die Landesregierung zur bisherigen Forderung nach einem generellen Frackingverbot. „Die Landesregierung spricht hier klare Worte.“, so der Konstanzer Landtagsabgeordnete Lehmann. So heißt es in der Antwort: „Angesichts der Risiken, die aktuell in ihrer Tragweite noch nicht absehbar sind und auch nicht bewertet werden können, wird der Einsatz der Frackingmethode zur Aufsuchung und Gewinnung von Erdgas und Erdöl aus unkonventionellen Lagerstätten beim derzeitigen Erkenntnisstand abgelehnt.“

Allerdings sind die Forderungen der Landesregierung ebenso wie des Bundesrats bislang an der Bundesregierung abgeprallt. „Bedauerlicherweise ist die Bundesregierung der Entschließung des Bundesrats vom 1. Februar 2013 mit Forderung nach einem Moratorium nicht gefolgt. Offensichtlich herrschte in der Bundesregierung absolute Unkenntnis über die Gefahren dieser Technologie!“, so der Grüne Abgeordnete Lehmann.

Die Haltung der Bundesregierung führt derzeit dazu, dass die Landesregierungen kaum Handhabe haben, laufende Anträge auf Lizenzerteilung für die Förderung von unkonventionellen Erdgasvorräten abzulehnen. „Dies ist ein unhaltbarer Zustand!“, so Lehmann.

Er begrüßt daher, dass die Landesregierung ihren Kurs beibehält: „Wir werden alle politischen Ebenen nutzen, um ein generelles Verbot von Fracking zu erreichen – die Bundesregierung wird ihren Widerstand gegen diese parteiübergreifende Forderung irgendwann ablegen müssen!“